

Universität Göttingen an EU-Projekt RESPOND zum Thema Migration beteiligt

17.01.2018 | Internationalisierung Deutschlands, Bi-/Multilaterales

Ein europäisches Forscherteam mit Beteiligung der Universität Göttingen untersucht die Reaktionen der europäischen Staaten auf die sogenannte Flüchtlingskrise von 2015. Die Forschung ist Teil eines EU-Projekts und beschäftigt sich mit Steuerungsebenen von Grenzmanagement, Aufnahme- und Integrationsstrategien. Am Projekt sind 14 in- und außereuropäische Forschungseinrichtungen sowie zwei Menschenrechtsorganisationen beteiligt.

Orientiert an einer menschenrechtlichen Migrationspolitik erforscht das Projekt „RESPOND: Multilevel Governance of Mass Migration in Europe and Beyond“, wie die Europäische Union und ihre Mitgliedsländer versuchen, die Bewegungen der Migration zu steuern und zu regulieren, und welche Auswirkungen dies auf Zivilgesellschaften und auf Fluchtmigrantinnen und -migranten hat. Erstmals werden dabei drei verschiedene Ebenen des gesellschaftlichen Handelns und Erlebens untersucht: Die Makro-Ebene der Politikformulierung und -gestaltung in europäischer und nationalstaatlicher Hinsicht, die Meso-Ebene, in der es um das Handeln von Nichtregierungsorganisationen und zivilgesellschaftlichen Akteuren auf lokaler Ebene geht, sowie die Mikroebene, die das Leben der Fluchtmigrantinnen und -migranten in den Blick nimmt.

Neben Interviews und teilnehmender Beobachtung sollen „Migration Governance Networks“ auf nationaler und lokaler Ebene die verschiedenen beteiligten Akteure direkt in einen Austausch mit der Forschung und Wissenschaft bringen. Die Projektpartner stammen aus Ländern, durch die die Fluchtroute aus dem Mittleren Osten über den Balkan bis nach Nordeuropa führt (Irak, Libanon, Türkei, Griechenland, Polen, Österreich, Deutschland).

Die Europäische Kommission bewilligte das Projekt mit rund 3,3 Millionen Euro, von denen ab Dezember 2017 in den kommenden drei Jahren rund 470.000 Euro nach Göttingen fließen.

Quelle: Georg-August-Universität Göttingen / IDW Nachrichten

Redaktion: 17.01.2018 von Tim Mörsch, VDI Technologiezentrum GmbH

Länder / Organisationen: EU, Irak, Libanon, Türkei, Griechenland, Österreich, Polen

Themen: Ethik, Recht, Gesellschaft, Strategie und Rahmenbedingungen, Förderung

[Zurück](#)

Weitere Informationen